

Die AfD hat gegen Shisha-Bars gehetzt

Der Kampf gegen den sich in Deutschland immer mehr ausbreitenden mörderischen Rassismus und Moslemhass lässt sich nur gewinnen durch den konsequenten Kampf gegen den politisch-parlamentarischen Arm der Nazi-Terroristen, die rechte Verschwörungslügen vom „Großen Bevölkerungsaustausch“ verbreitende, seit Jahren rassistisch hetzende AfD.

Schon eine Kurzsrecherche im Internet zeigt, dass die blauen Rassisten seit Monaten in ganz Deutschland gegen Shisha-Bars hetzten und versuchten, Shisha-Bars mit terroristischen islamischen Strukturen in Verbindung zu bringen. Gegen rassistische Hetze auch von Abgeordneten muss überall in Deutschland strafrechtlich sehr viel härter als bisher vorgegangen werden. Die AfD muss als Gesamtpartei nicht nur weiterhin von engagierten Antifaschisten, sondern auch von einem reformierten, eigene Verstrickungen aufarbeitenden Verfassungsschutz mit allen Mitteln beobachtet werden, um die dort wachsenden Gefahren für unsere Demokratie aufdecken und wirksam bekämpfen zu können

Gerald Lindenberg, Kassel

Ausgrenzung durch verbale Judensterne

Ein Grund für das feige Verbrechen von Hanau liegt darin, dass ein Teil der Deutschen den Dağdelens, Özdemirs, Boatengs, Diabys, Kekilis, Asamoahs, Akins, Cheblis und Gheorghius dieser Republik das Deutschsein nicht zugestehen – selbst, wenn sie Deutsche sind. Verbale Judensterne wie „Mitbürger mit Migrationshintergrund“, „diejenigen, mit dem deutschen Pass“ etc. werden rege auch in Behörden verwendet und durch Medien unreflektiert verbreitet. Geburtsländer (auch der Eltern und Großeltern) werden durch vermeintlich „reine Deutsche“ als ewige Heimat etikettiert, um es so schwer wie möglich zu machen, sich hier heimisch zu fühlen. Nur auf der Grundlage dieser sprachlichen Abgrenzungen und Zurückweisungen konnte der gelebte Hass des NSU erst gedeihen. Hanau, Halle und Co. sind keine Phänomene der neuen Rechten in diesem Land. Diese Morde sind Konsequenz einer über Jahrzehnte vielfach offen gelebten und gesprochenen Fremdenfeindlichkeit, die man u.a. auch damit konsequent bekämpft, indem man endlich anfängt, alle Deutschen als Deutsche zu akzeptieren.

Andy Gheorghiu, Korbach

Maßnahmen gegen Sportschützen

Ich kann die Trauerreden unserer Politiker nicht mehr hören, weil sie allesamt nicht bereit sind, konkrete Maßnahmen gegen Sportschützen zu ergreifen, zu denen der Mörder von Hanau gehörte. Seit 1990 haben Sportschützen 270 Menschen auf dem Gewissen. Nach den Schulmassakern in Erfurt und Winnenden durch Sportschützen wurde nicht dafür gesorgt, dass diese ihre Wettkämpfe nur noch mit Druckluft- und Lichtpunktgewehren üblich sind, ausüben dürfen. Nach dem Schulmassaker in Dun-



Transparent auf einer Solidaritätsdemonstration am Samstag in Hanau.

THOMAS VÖGELE

Psychisch krank und aufgehetzt

Leserbriefe zum rechtsextremistischen Anschlag in Hanau

blane ist in Großbritannien ein entsprechendes Gesetz verabschiedet worden. Wie lange können in Deutschland Vorbestrafte, Alkoholiker, Drogenkonsumenten, Islamisten in einen Sportschützenverein eintreten und sich dann tödliche Waffen kaufen? Nach den Trauerreden wird außer leeren Versprechungen nichts, aber auch nichts getan werden, um weitere Morde zumindest zu erschweren. Ludger Schiffler, Berlin

Der Boden, auf dem Gewalt gedeiht

Die NSU-Morde (2000-2007), der Mord an Walter Lübcke (2.6.2019), der Anschlag auf einen Menschen aus Eritrea in Wächtersbach (23.7.2019), der Anschlag auf die Synagoge in Halle (9.10.2019), die Morde in Hanau (19.2.2020) – dies sind nur die jüngsten Gewalttaten von Rechtsextremisten. Der weitere Blick zurück lässt schauern.

Es stellt sich die Frage, welche Verantwortung Politik an diesem Geschehen hat. Über die Rolle der AfD muss hier nicht geschrieben werden. Aber sind auch andere Politiker ihrer Verantwortung gerecht geworden, oder haben sie mit ihren Aussagen einen Boden geschaffen, auf dem auch solche Gewalttaten gedeihen?

Zu erinnern sei an Edmund Stoiber, der laut taz vom 2.11.1988 vor einer „durchmischten und durcharzten Gesellschaft auf deutschen Boden“ warnte und später feststellte „Wir waren den Ausländern gegenüber zu tolerant“ (SZ 17.9.2002). Oder an die Kampagne der Hessen-CDU gegen

die doppelte Staatsbürgerschaft 1999, die Fremdenangst schürte. Oder der bayerische Innenminister Beckstein am 11.7.2000 in der „Welt“ hinsichtlich des Zuzugs von Ausländern: „Weniger die uns ausnützen und mehr die uns nützen“. Oder der Bundesinnenminister Seehofer nach den Hetzjagden in Chemnitz (!) im August 2018 „Migration sei die „Mutter aller Probleme“. Diese Aufzählung könnte fortgesetzt werden! Ja, diese Äußerungen schafften den Boden für Anschläge und Morde, wie wir sie jetzt leider erleben.

Haben sich diese verantwortlichen Politiker, die ja nach eigenen Bekundungen angeblich den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern wollen, jemals für ihre aus meiner Sicht menschenachtenden Äußerungen entschuldigt? Ich habe davon nichts registriert! Als Teilnehmer an der großen Demonstration in Hanau am 22. Februar hörte ich bei vielen Teilnehmern Zweifel an der Ernsthaftigkeit „der Politik“ bei der regierungsamtlichen Strategie gegen Rechts. Ich befürchte, die Zweifel sind berechtigt.

Peter Friedl, Darmstadt

Die Politik muss sich ändern

Kann ein Psychopath Terrorist sein? Er ist doch offensichtlich von der Politik und im Netz genug angeregt worden und hat Bestätigung bekommen, denn selbst die regierenden Politiker wollen keine Migranten. Genug wird darüber publiziert, wie Flüchtlinge entweder zurückgebracht wer-

den, z.B. nach Syrien, oder im Meer ertrinken, weil sie nicht erwünscht sind. Da fühlt ein Psychopath sich anscheinend im Recht, wenn er es hier in Deutschland in die Hand nimmt. Und die AfD tut ein Übriges. Warum die Medien oberflächlich im Sinne der Regierenden berichten, anstatt die Hintergründe aufzuschlüsseln, verstehe ich nicht. Klar ist: Die Politik muss sich ändern!

Da konzentrieren sich Regierung und ihre Chargen auf die links gerichtete Szene und lassen den Rechtsextremen freie Hand, bis es zu spät ist. Wovor haben die konservativen, den Kapitalismus fördernden Parteien CDU, CSU und FDP Angst? Haben sie noch nicht registriert, dass es den sogenannten Linken nicht um Gewalt geht, sondern um die Verteidigung der Demokratie und des Sozialstaates, und das sehr wohl mit Methoden von Kritik und Provokation? Vermutlich haben sie Angst davor, dass ihnen Macht und Geld genommen wird, was sicherlich auch subtil ihren Wählern suggeriert wird. Ja, klar soll verhindert werden, dass ein paar Menschen das Kapital für sich beanspruchen und über das „Fußvolk“, das dummerweise Steuern zahlen muss, in Deutschland bestimmen. Malies Ortmeier, Frankfurt

Ärztliches Attest und Führungszeugnis

Nun wundert mich nichts mehr, nach der Hanauer Mordserie. Ganz schnell hatte man den Tödeschützen zum psychisch Kranken erklärt. Wie schnell die Be-

hörden dahinterkamen, sehr kurios! Hätte man ihn auf seine Krankheit nicht vorher untersuchen können, bevor er Schusswaffenbesitzer wurde?

Bei solchen Waffenlizenzen sollte dies das Mindeste sein, wonach man fragt, sogar ein ärztliches Attest über die Psyche verlangen könnte sowie eine Führungszeugnis. Denn ich kann mich erinnern, früher in der Dienststelle, zeigte ein „Kollege“ immer wieder mit seiner Hand wie einer Waffe (Daume oben Zeigefinger nach vorne gerichtet) immer in meiner Richtung, wenn ich vorbeilief. Auch er war Schützenvereinsmitglied. Er erzählte ganz stolz, welche Waffen er zu Hause hatte.

Ich möchte damit in keinsten Weise die Mitglieder der Schützenvereine diffamieren. Es wird und soll Sportschützen geben. Nur wer zu Hause Waffen mit Waffenschein besitzt, sollte unbedingt oben genannte Untersuchungen über sich ergehen lassen.

Anonymisiert (Autor der Red. bekannt)

Täglich brutale TV-Krimis zum Nachahmen

Am Donnerstagabend lief ab 20.15 Uhr der Krimi „Über die Grenze – Rausch der Sterne“. In einem Szene Restaurant wurden zwei Menschen erschossen. Danach eine Revolverszene mit Pistole am Kopf einer Frau, und der Gegner bedrohte mit Geschrei dieses Paar. Ich musste wegen der realistischen Grausamkeit den Fernseher ausschalten, das ging mir unter die Haut. Bis dahin hatte ich noch nichts von dem Hanauer Morden gehört – Monitor folgte diesem brutalen Krimi, und da wurde dann ausführlich von diesen elf Pistolenmorden in zwei Hanauer Szenelokalen berichtet. In der FR vom 21.2. werden nun diese Morde und ihre möglichen Hintergründe ausführlich beschrieben, auch warum der Täter an Waffen kam und welchen gedanklichen Hintergrund er haben könnte. Dass diese täglichen brutalen TV-Kriminalserien, die beispielhaft realistische Pistolenschützen in den Mittelpunkt stellen, und Muster für Waffenbesitzer sein könnten, vor allem wenn dann noch rassistisches Gedankengut motivierend dazu kommt, findet keine Erwähnung. Solange hier nicht eine Kriminalserieneinschränkung erfolgt, sind weitere sensationelle Morde in TV-Qualität aber dann nicht im Film, sondern in der realen Öffentlichkeit – so wie jetzt in Hanau, programmiert. Kommt dann noch der faschistische Rassenwahn dazu, besteht für TV-Mordangeregte Motivation zum nachmachen.

TV Krimis – weiter So ? Die gebotenen Muster für die Realität sollten wissenschaftlich untersucht und dann deutlich reduziert werden.

Wulf Schmiedeknecht, Oberursel

Das wäre doch eine ganz einfache Lösung

Ich verstehe das nicht: Es gäbe doch eine ganz einfache Regelung für Mitglieder eines Schützenvereins. Wer schießen darf, schießt dort, und die Waffe bleibt immer beim Schützenverein eingeschlossen und wird nur dort benutzt. Das wäre doch ganz einfach!

Eleonore Poensgen, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/hanau